Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 1. Mai 1928 — Dienstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Litterstraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 8937—8949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Das Unterhaltungsblatt · Das neue Buch · Kraft und Stoff · Weltverkehr · Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 21. Bei Nichtbeziehung des Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang — Nr. 203 — 1. 5. m — 10 Pfennig

Zum Tage

* Der Wortlaut der deutschen Antwort auf Amerikas Kriegsächtungsvorschlag wird veröffentlicht.

*

* Die Pariser Polizei ist für den 1. Mai durch Gendarmerie und die Garnison durch je zwei Regimenter Infanterie und Kavallerie verstärkt worden.

*

* Daß von England der ägyptischen Regierung gestellte Ultimatum läuft morgen abend 7 Uhr ab, wie Chamberlain im Unterhaus erklärte.

*

* Die Ermittelungen der Wiener Polizei haben ergeben, daß Bela Kun wahrscheinlich an der Befreiung Otto Brauns aus dem Moabiter Gefängnis in Berlin beteiligt war.

Man hatte gehofft, daß es zu den Wirkungen der Leudelschen Aktion gegen den Roten Frontkämpferbund gehören würde, die Kommunistische Partei und ihre Organisationen zu größerer Zurückhaltung und Vorsicht zu bewegen und somit den Wahlkampf vor Blutaten möglichst zu bewahren. Die Leitung des Roten Frontbundes mußte es, so sollte man meinen, unter allen Umständen zu verhindern suchen, daß der Staatsgerichtshof für seine Entscheidung über das beantragte Verbot neues Tatsachenmaterial erhielt, sie mußte alle Mittel der Disziplin anwenden, um ihre Massen in der Hand zu behalten. Wenn trotzdem in den letzten Tagen schwere Ausschreitungen von Roten Frontbündlern zu verzeichnen waren — selbst die linkspresse sieht sich veranlaßt, diese Blutaten bedauert zu konstatieren —, so gibt es zwei Arten der Erklärung: entweder die roten Führer haben ihre Truppen nicht genug in der Hand, um Nebeltaten dieser systematisch verhetzten Massen zu verhindern, oder sie fühlen sich unter dem Schutz der gegen das Verbot auf den Plan gesprungenen Sozialdiktatorischen Minister so sicher, daß sie auch den Senat des Reichsgerichts nicht fürchten.

Bittere Anklagen der Sowjet-Bergarbeiter

Die bessere Lebenshaltung der deutschen Bergleute

mf. Moskau, 30. 4. (Eigenbericht)

Wenn die deutschen Bergarbeiter den Reden der kommunistischen Agitatoren Glauben schenken, so müssen sie annehmen, daß sie unter sehr viel ungünstigeren Verhältnissen leben als ihre Kollegen in der Sowjetunion. Der eben in Moskau stattfindende Bergarbeiterkongreß erweist aber das Gegenteil, denn bei in zahlreichen Darlegungen und Beschwerden vorgebrachte Tatsachenmaterial bestätigt durchaus, daß der Lebensstandard des deutschen Bergarbeiters, insbesondere der Wohnverhältnisse und der den Arbeitern zugute kommenden hygienischen Maßnahmen, dem Standard des Sowjet-Bergarbeiters überlegen ist.

Was der Kongreß über jämmerliche Behausungen, Mangel an Trinkwasser, Unordnung und Schmutz in den Betrieben, Versagen der sanitären Hilfe vorbrachte, das wäre in jedem anderen Lande ein wuchtiges Anklagematerial gegen die „kapitalistischen Ausbeuter" geworden. Hier führte es lediglich zu sehr gedämpften Vorstößen gegen die Sowjetbürokratie.

Die Regierung hat gewiß den ehrlichen Willen, den Bergarbeitern als einer der Bevölkerungsschichten, auf die sie sich stützt, weitestgehend entgegenzukommen. Der eben in Moskau stattfindende Bergarbeiterkongreß erweist aber das Gegenteil, denn in zahlreichen Darlegungen und Beschwerden vorgebrachte Tatsachenmaterial bestätigt durchaus, daß der Lebensstandard des deutschen Bergarbeiters, insbesondere der Wohnverhältnisse und der den Arbeitern zugute kommenden hygienischen Maßnahmen, dem Standard des Sowjet-Bergarbeiters überlegen ist.

Es kommt hinzu, daß es zu den Wirkungen der Reudelschen Aktion gegen den Roten Frontkämpferbund gehören würde, die Kommunistische Partei und ihre Organisationen zu größerer Zurückhaltung und Vorsicht zu bewegen und somit den Wahlkampf vor Blutaten möglichst zu bewahren. Die Leitung des Roten Frontbundes mußte es, so sollte man meinen, unter allen Umständen zu verhindern suchen, daß der Staatsgerichtshof für seine Entscheidung über das beantragte Verbot neues Tatsachenmaterial erhielt, sie mußte alle Mittel der Disziplin anwenden, um ihre Massen in der Hand zu behalten. Wenn trotzdem in den letzten Tagen schwere Ausschreitungen von Roten Frontbündlern zu verzeichnen waren — selbst die linkspresse sieht sich veranlaßt, diese Blutaten bedauert zu konstatieren —, so gibt es zwei Arten der Erklärung: entweder die roten Führer haben ihre Truppen nicht genug in der Hand, um Nebeltaten dieser systematisch verhetzten Massen zu verhindern, oder sie fühlen sich unter dem Schutz der gegen das Verbot auf den Plan gesprungenen sozialdiktatorischen Minister so sicher, daß sie auch den Senat des Reichsgerichts nicht fürchten.

Köhl, v. Hünefeld, Fitzmaurice New Yorks Ehrenbürger

Das Wiedersehen der Gatten — Die Verleihung der Erinnerungsmedaille

tl. New York, 30. 4. (Eigenbericht)

Ganz New York war heute auf den Beinen. Sämtliche Gebäude in den Straßenzügen, durch die der Festzug sich bewegte, wiesen Flaggenschmuck in den amerikanischen, New Yorker, deutschen und irischen Farben auf. Bereits seit den frühen Morgenstunden waren die Bürgersteige von einer unübersehbaren Menschenmenge besetzt. Die Fensterplätze der Häuser am Broadway und in der Fifth Avenue haben den Inhabern der Geschäftsräume und Wohnungen reichen Dollarsegen eingebracht. Ein starkes Polizeiaufgebot, das durch Miliz unterstützt wurde, war bemüht, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Besonders vor dem Alt-Carlton-Hotel herrschte ein geradezu beängstigender Andrang.

Um 10,45 (16,45 deutscher Zeit) verließen die Ozeanflieger ihr Quartier, in Begleitung des Empfangsausschusses und fuhren mit dem jüdischen Dampfer „Macom" vom Hudson-Kai zur Battery (an der Spitze von Manhattan). Eine Barkasse hatte sich vorher bereits nach der Quarantänestation begeben, wo der Dampfer „Dresden" festgemacht hat, und Frau Köhl, Frau Fitzmaurice und deren sechsjähriges Töchterchen Patricia zur Battery gebracht. Als die „Bremen"-mannschaft den „Macom" betrat, stimmte die Bordkapelle des in der Nähe vor Anker liegenden Hapag-Dampfers „Deutschland" das Deutschlandlied an, das von der am Kai sich stauenden Menge mit großem Beifall aufgenommen wurde. Auf ihrer Fahrt durch den Hafen wurden die Flieger von unbeschreiblichem Jubel begleitet, die als Ehrensalven riesige Wasserfanen in die Luft schleuderten. Sämtliche im Hafen liegenden Schiffe hatten aus Anlaß der Ankunft der große Festzug gegen 12 Uhr mittags (18 Uhr deutscher Zeit) den Broadway entlang nach der City Hall. Die Fahrt gestaltete sich zu einem grandiosen Triumphzug.

Eine Ehrengeleitkompagnie von eine 10 000 Soldaten aller Waffengattungen gab den Ozeanbezwingern das Geleite. Unaufhörlich ertönten die Hochrufe und der Menge. Von den Fenstern wurden Blumen und Konfetti herabgeworfen. Ein leichter Regen setzte ein, doch tat dieser der Begeisterung der Bevölkerung

an der Spitze einer Deputation der Stadtverwaltung begrüßte die Gäste, worauf ihnen General Haskell im Namen des Gouverneurs Smith die goldenen Erinnerungs-Medaillen überreichte.

Dann bändigte der Vorsitzende des jüdischen Empfangsausschusses den Fliegern die Ehrenbriefe aus.

v. Hünefeld dankte in englischer Sprache für den ihnen bereiteten herzlichen Empfang und die ihnen erwiesenen Ehrungen. Er gedachte dabei des ersten Fluges über den Atlantik von West nach Ost, der von einem Amerikaner durchgeführt worden sei. Auch Köhl und Fitzmaurice gaben in einigen Worten ihrem Danke Ausdruck. Fitzmaurice bemerkte noch, daß er sich als Ire in New York ganz wie zu Hause fühle und er glaube das auch von seinen Kameraden sagen zu können.

Bei der Feier vor dem Rathause ereignete sich ein kleiner Zwischenfall, der jedoch keine ernsteren Folgen hatte. Eine Zuschauertribüne gab unter dem Andrang der Besucher nach und stürzte ein. Es wurde dabei glücklicherweise niemand verletzt.

Nach Beendigung der Zeremonie begaben sich die „Bremen"-Flieger wieder zu ihrem Automobil, dem in einem besonderen Wagen ihre Damen folgten. Der Zug bewegte sich dann nach dem Gefallenen-Denkmal, dem Ewigen Licht, auf dem Madison Square, wo Köhl und seine Gefährten einen Kranz niederlegten. Mit achtungsgebietendem Schweigen und entblößtem Haupt folgte die Menge dem feierlichen Akt. Dann ging es nach dem Central Park, wo die Gäste dem

Vorbeimarsch der Truppen

beiwohnten. Die Flieger begaben auf dem Wege nach dem Central Park trugen außerordentlich herzlichen Charakter und zeugten davon, welcher Beliebtheit sich die Ozeanflieger bei der New Yorker Bevölkerung erfreuen und diese die persönliche Tat achtet und ehrt.

Während der Nachmittagsstunden gönnte man den Fliegern Ruhe, um ihnen Zeit zu lassen, sich auf die Abendveranstaltungen vorzubereiten.

Berliner Reisen Bela Kuns

Entführung Otto Brauns aus Moabit nach Wien?

kbg. Wien, 30. 4. (Eigenbericht)

Die Ermittlungen der Wiener Polizei zur Klarstellung der Pläne Bela Kuns und seiner Genossen lassen allmählich das weitverzweigte Netz der persönlichen und politischen Zusammenhänge übersehen. Heute ist bei der Polizei die interessante Vermutung aufgetaucht, daß Kun an der am 11. April erfolgten Entführung des Kommunisten Otto Braun aus dem Moabiter Gefängnis in Berlin beteiligt gewesen sein dürfte. Man hält es sogar für wahrscheinlich, daß Braun nach Wien gebracht und hier einige Zeit verborgen gehalten worden ist.

Es konnte nämlich festgestellt werden, daß Kun seit Anfang des Jahres in Wien wohnte und mehrmals in Berlin war. Ausschreiben war auch der hier mit Kun verhaftete Zolton Pataki, der kurze Zeit Sekretär der russischen Handelsvertretung in Berlin war, mit Kun in Berlin.

Es wird immer klarer, daß Kun auch in den vorhergehenden Jahren mehrmals in Wien und Berlin war. Es konnte auch festgestellt werden, daß er im Juli 1927 in Wien war und also offenbar an dem Wiener Julianfstand der Arbeiterschaft mitgewirkt hat. Die Polizei hat heute auch den ungarischen Flüchtling Dr. Aladar Szekely, der zum Kreise Kuns gehört, dem Landesgericht eingeliefert.

Der deutschfeindliche Prager Bürgermeister

rr. Prag, 30. 4. (Eigenbericht)

Der bezeit in Südslawien weilende Bürgermeister von Prag, Dr. Baxa, hat angeordnet, daß alle Prager Stadtbehörden nach wie vor trotz der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts alle eingehenden Zuschriften deutscher Gemeinden in deutscher Sprache zurückweisen und deren Erledigung ablehnen. Baxa hofft, sich damit gegen die Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts, das die Annahme deutscher Zuschriften aus deutschen Gemeinden durch die tschechischen Behörden erzwingt. Die Anordnung des Bürgermeisters wird neue Prozesse und Beschwerden zur Folge haben.

Wahlergebnis in Schaumburg-Lippe

Bückeburg, 30. 4.

Der schaumburg-lippische Landtag setzt sich nach den Ergebnissen der gestrigen Wahl wie folgt zusammen: Sozialdemokraten 8 Sitze, Handwerkerbund 1, Demokraten 1, Volkspartei 1, Deutschnationale und Landbund 3, Nationaler Block 1.

Garnison und Polizei von Paris verstärkt

Erhöhte Bereitschaft der Justizbehörden zum 1. Mai

a. Paris, 30. 4. (Eigenbericht)

Zur Verhütung ernsterer Zwischenfälle am morgigen 1. Mai haben die Pariser Behörden die umfassendsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen; nicht nur die Polizei ist durch Gendarmerieabteilungen aus der Provinz verstärkt, sondern auch die in der Hauptstadt stationierte Republikanische Garde zu Fuß und zu Pferd wird sich in Bereitschaft befinden. Schließlich sind noch je 2 Regimenter Kavallerie und Infanterie zur Verstärkung der Garnison in Paris eingetroffen. Die Justizbehörden sind ebenfalls entsprechend verstärkt worden. Was Deutschland anlangt, so kommen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalte des neuen Paktes berühren können,

die Völkerbundssatzung und der Rheinpakt von Locarno

in Betracht; sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art ist Deutschland nicht eingegangen. Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der Deutschen Regierung unverrückbar feststehen.

Die Deutsche Regierung ist aber der Ueberzeugung, daß diese Verpflichtungen nicht enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Vorschlag der Vereinigten Staaten vorsieht, irgendwie in Widerspruch geraten könnte.

Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbundssatzung und des Rheinpaktes zu verstärken.

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das sonderne Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. Es versteht sich von selbst, daß wenn ein Staat den Pakt durch die anderen Kontrahenten bisher Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Falle dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der Deutschen Regierung nicht notwendig.

In Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der Französischen Regierung ist auch die Deutsche Regierung der Auffassung, daß das tiefe Ziel die

Universalität des neuen Paktes

sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Zweck der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarmächte in Aussicht genommenen Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die anderen Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die Deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen und zu diesem Zwecke in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die Deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlen wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So mußte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durchführung der allgemeinen Abrüstung einen wirksamen Impuls geben.

Außerdem aber müßte der Verzicht auf den Krieg als notwendiges Gegenstück den Ausbau der Völkerbundsverfassung fordern und entsprechende Gegensätze der Völkerinteressen auf friedliche Weise zum Austrag zu bringen.

Abschließend kann die Deutsche Regierung die erneute Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.:) Stresemann

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat in der Note des Staatssekretärs Kellogg in offener, von juristischen Tüfteleien freier Form die Stellungnahme der deutschen Regierung zum Vorschlag des internationalen Paktes für die Aechtung des Krieges gefordert. In gleich klarer und offener Form gibt die deutsche Regierung durch ihre an den amerikanischen Botschafter Schurman gerichtete Note ihre Antwort. Aus dem Inhalt dieser Note ergibt sich, daß die deutsche Regierung, wie sie bereits gewisse Anregungen der amerikanischen Note betont wurde, den Vorschlag Amerikas mit großer Genugtuung als weiteren Schritt auf dem Wege zum internationalen Frieden begrüßt. Obschon die deutsche Regierung ausdrücklich unterstreicht, daß sie sich durch die Locarnoverträge und als Mitglied des Völkerbundes gebunden fühlt, sieht sie darin kein Hinderis, diesem Antikriegspakt beizutreten, zumal es sich bei dieser Frage um ein politisches Grundproblem für die weitere Ausgestaltung der internationalen Beziehungen handelt. Die deutsche Regierung würde die Universalität eines Vertrages begrüßen, die Initiative des französischen Herrn Außenministers und den aus ihr hervorgegangenen Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten zugutnde liegen, entsprechen vollkommen den Grundsätzen der deutschen Politik.

Deutschland hat kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte ausgeschaltet und im Leben der Völker eine Entspannung eintreten zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet.

Der Abschluß eines Paktes, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Auge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weites Stück näherbringen.

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu anderen internationalen Abmachungen geführt hat, ergibt sich für die Partner beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich klar darüber zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen schon in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Sie haben, Herr Botschafter, in Ihrer Note auf die Erwägungen hingewiesen, die in dieser Hinsicht von der Französischen Regierung in ihrem Meinungsaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht worden sind. Was Deutschland anlangt, so kommen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalte des neuen Paktes berühren können,

die Völkerbundssatzung und der Rheinpakt von Locarno

in Betracht; sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art ist Deutschland nicht eingegangen. Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der Deutschen Regierung unverrückbar feststehen.

Die Deutsche Regierung ist aber der Ueberzeugung, daß diese Verpflichtungen nicht enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Vorschlag der Vereinigten Staaten vorsieht, irgendwie in Widerspruch geraten könnte.

Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbundssatzung und des Rheinpaktes zu verstärken.

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das sonderne Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. Es versteht sich von selbst, daß wenn ein Staat den Pakt durch die anderen Kontrahenten bisher Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Falle dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der Deutschen Regierung nicht notwendig.

In Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der Französischen Regierung ist auch die Deutsche Regierung der Auffassung, daß das tiefe Ziel die

Universalität des neuen Paktes

sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Zweck der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarmächte in Aussicht genommenen Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die anderen Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die Deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen und zu diesem Zwecke in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die Deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlen wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So mußte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durch-

Erneuter Anstoß zur allgemeinen Abrüstung

Neue Friedensbürgschaft durch Verwirklichung des amerikanischen Antikriegspaktes — Der Wortlaut der deutschen Note an Amerika

Die Antwortnote der deutschen Reichsregierung auf den Vorschlag des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten von Amerika, Kellogg, einen mehrseitigen Kriegsächtungs-Vertrag abzuschließen, ist vom 27. April datiert und an den amerikanischen Botschafter Schurmann in Berlin gerichtet. Sie hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter! Eure Exzellenz haben mir in der Note vom 13. April und ihren Anlagen von den Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Regierung über den Abschluß eines internationalen Vertrages zur Aechtung des Krieges Mitteilung gemacht. Zugleich haben Sie an mich die Frage gerichtet, ob die Deutsche Regierung geneigt sei, einen solchen Pakt nach dem von der Regierung der Vereinigten Staaten aufgestellten Entwurf abzuschließen, oder ob sie bestimmte Aenderungen dieses Entwurfes für notwendig halte.

Die Deutsche Regierung hat Ihre Frage mit der Sorgfalt geprüft, die der außerordentlichen Bedeutung der Anregegenheit entspricht. Sie könnte in diese Prüfung auch den Gegenentwurf einbeziehen, der inzwischen von der Französischen Regierung aufgestellt und den beteiligten Mächten übermittelt worden ist. Als

Ergebnis der Prüfung

bedrke ich mich Eurer Exzellenz im Namen der Deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

Die Deutsche Regierung begrüßt die Eröffnung von Verhandlungen über den Abschluß eines internationalen Paktes zur Aechtung des Krieges auf das wärmste. Die beiden großen Gedanken, die der Initiative des französischen Herrn Außenministers und dem aus ihr hervorgegangenen Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten zugrunde liegen, entsprechen vollkommen den Grundsätzen der deutschen Politik.

Deutschland hat kein höheres Interesse, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte ausgeschaltet und im Leben der Völker eine Entspannung eintreten zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze zwischen den Staaten gewährleistet.

Der Abschluß eines Paktes, wie ihn die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt im Auge hat, würde die Völker der Erreichung dieses Zieles sicherlich um ein weites Stück näherbringen.

Da das Bedürfnis der Völker nach Sicherung des Friedens seit Beendigung des Weltkrieges bereits zu anderen internationalen Abmachungen geführt hat, ergibt sich für die Partner beteiligten Staaten die Notwendigkeit, sich klar darüber zu werden, in welchem Verhältnis der jetzt geplante Pakt zu diesen schon in Kraft befindlichen internationalen Abmachungen stehen würde. Sie haben, Herr Botschafter, in Ihrer Note auf die Erwägungen hingewiesen, die in dieser Hinsicht von der Französischen Regierung in ihrem Meinungsaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gebracht worden sind. Was Deutschland anlangt, so kommen als internationale Abmachungen, die sich mit dem Inhalte des neuen Paktes berühren können,

die Völkerbundssatzung und der Rheinpakt von Locarno

in Betracht; sonstige internationale Verpflichtungen dieser Art ist Deutschland nicht eingegangen. Die Achtung der Verpflichtungen aus der Völkerbundssatzung und dem Rheinpakt muß nach Ansicht der Deutschen Regierung unverrückbar feststehen.

Die Deutsche Regierung ist aber der Ueberzeugung, daß diese Verpflichtungen nicht enthalten, was mit den Verpflichtungen, die der Vorschlag der Vereinigten Staaten vorsieht, irgendwie in Widerspruch geraten könnte.

Im Gegenteil glaubt sie, daß die bindende Verpflichtung, den Krieg nicht als ein Werkzeug nationaler Politik zu benutzen, nur geeignet sein würde, den Grundgedanken der Völkerbundssatzung und des Rheinpaktes zu verstärken.

Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß ein Pakt nach dem Muster der Regierung der Vereinigten Staaten das sonderne Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung nicht in Zweifel stellen würde. Es versteht sich von selbst, daß wenn ein Staat den Pakt durch die anderen Kontrahenten bisher Staate gegenüber ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen. Der von der Verletzung des Paktes betroffene Staat ist deshalb nicht gehindert, sich seinerseits gegen den Friedensbrecher zur Wehr zu setzen. In einem Falle dieser Art den Fall seiner Verletzung ausdrücklich vorzusehen, erscheint der Deutschen Regierung nicht notwendig.

In Uebereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten und mit der Französischen Regierung ist auch die Deutsche Regierung der Auffassung, daß das tiefe Ziel die

Universalität des neuen Paktes

sein muß. Diese Universalität herbeizuführen, dürfte der Zweck der Vereinigten Staaten einen praktischen Weg eröffnen. Wenn die zunächst als Signatarmächte in Aussicht genommenen Staaten den Pakt abgeschlossen haben, kann erwartet werden, daß die anderen Staaten von dem ihnen ohne Einschränkung und Bedingung gewährten Rechte des Beitritts alsbald Gebrauch machen.

Die Deutsche Regierung kann demnach die Erklärung abgeben, daß sie bereit ist, einen Pakt nach dem Vorschlage der Regierung der Vereinigten Staaten abzuschließen und zu diesem Zwecke in die erforderlichen Verhandlungen mit den beteiligten Regierungen einzutreten. Mit dieser Erklärung verbindet jedoch die Deutsche Regierung die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlen wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So mußte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durch-

Im Brennpunkt der chinesischen Krisis

Die militärischen Ereignisse der letzten Tage haben Tsi nan fu, die Hauptstadt der Provinz Schantung, zum Brennpunkt der innerpolitischen Krise Chinas gemacht. Um die Mauern dieser alten Stadt sammeln sich von allen Himmelsrichtungen die Heere, deren Führer die Vertreter der verschiedenen politischen Glaubensbekenntnisse sind, die in den letzten Jahren das Schicksal des chinesischen Volkes in fünfhundert Wechsel bielten. Die Situation bekommt noch einen besonderen außenpolitischen pikanten Beigeschmack, da auch der Japaner über Tsinanfu und die Schantung-Bahn mit 1800 ausserlesenen modernen Kerntruppen am 28. April in Tsi nan fu einzog. Zu dem Wettrennen zwischen Feng Yü hsiang und Chiang Kai schof auf diesen erschnte Ziel hat die größere Energie und Entschlußkraft des Japaners gewonnen. Chiang, der Vertreter der Nun min Partei Kantinger Färbung rückte von Süden vor und hatte seine Vorposten bereits bis Tai an fu vorgeschoben. Die mohammedanischen Reiter des christlichen Generals Feng waren vom Westen her bis in die Vorstädte von Tsi nan fu vorgestoßen. Der Draht meldete bereits die Einnahme Tsi nan fus durch Feng, was später wieder dementiert wurde. Das Nächtinsestentum in der von Chang Tso sin noigebrungen modernisierten Form vertritt General Chang Tsung chang, der Tsi nan fu nach bezeigt hält und dessen Armee im Norden steht.

Dieses Rätselnandersstehen der verschiedenen Militärgewalten Chinas ließ einen Entscheidungskampf erwarten. Denn die Besitznahme Tsi nan fus ist entscheidend über einen Erfolg bei dem Vormarsch auf Peking. Nur 10 Kilometer von dieser Stadt entfernt fließt der gelbe Fluß, der bei dem Orte Lokou durch eine 2 Kilometer lange Eisenbahnbrücke der Strecke Peiku—Tientsin, ein Werk der deutschen Technik, überspannt ist. Der Besitz dieser Brücke sichert den Vormarsch nach Peking, da der Gelbe Fluß das einzige große Hindernis für den Vormarsch einer Armee nach Norden darstellt. Nach europäischen Begriffen würde sich eine nach Norden zurückziehende Armee durch Sprengung der Brücke den nachrückenden Feind vom Halse halten. Die bisherige Kriegsführung der chinesischen Generale zeigt aber, daß man derartigen radikalen Mitteln abgeneigt ist. Wie ja überhaupt diese chinesischen Generale sich weniger als kriegerische Feinde gegenüberstehen, sondern wie Amann in seinem in den nächsten Tagen erscheinenden Buch „Das Vermächtnis Sun Yat sen's" sehr richtig sagt, nur Gegenspieler sind, in einem Spiel, das bisher noch jeder Partei, wenn auch mit wechselndem Glück, Gewinn an Gut und Geld gab. Würde der innere Krieg in China mit derselben fanatischen Erbitterung geführt, wie das in anderen Ländern üblich ist, und würde jedesmal der unterlegende General aufsehnanen oder nach Kriegsrecht erschossen, so würde sich die Zahl der Beteiligenten bald vermindern, die sich bei dem gegenwärtigen, für die Führer jedenfalls sehr ungefährlichen Kriegsspiel, ständig in höchst unwillkommener Weise vermehren. Der Krieg ist in China leider ein gutes Geschäft geworden. Nicht bloß für den General, auch für den Bauern, der nach jahrelangem vergeblichem Bemühen, seinen Acker friedlich zu bestellen, der Not gehorchend seinen Sold nimmt und Kriegsdienste leistet.

Jedenfalls fügt jetzt der Japaner als höchst unbequemer Zuschauer inmitten des chinesischen Kriegsschauplatzes. Seine eigentliche Absicht kann vorläufig niemand ergründen. Die Proklamation, die der japanische General nach Einnahme Tsi nan fus erlassen hat, besagt nur, daß die Besatzungsarmee jede Beschädigung der von Tsi nan fu nach Tsingtau laufenden Schantung-Bahn und jeden Schaden an Leib und Leben der japanischen Bürger in Schantung, abgesehen von welcher Seite er kommen werde, mit einer energischen militärischen Intervention beantworten würde. Sowohl die Haltung wie die Rankinger Regierung hat diese japanische Proklamation mit einem scharfen Befehl an ihre Armeen beantwortet, der dringend die Vermeidung jeder Reiberei und jedes Zusammenstoßes mit den japanischen Soldaten verlangt. Der Kommentar zu diesen Befehlen weist darauf hin, daß Japan insgeheim den Wunsch hegt, durch einen militärischen Zusammenstoß mit den in und um Tsi nan fu versammelten chinesischen Soldaten Grund und Vorwand zu suchen, mit militärischen Mitteln in den Streit der chinesischen Parteien einzugreifen. Zu wessen Gunsten Japan eingreifen würde, ist bei der bisherigen Stellungnahme der japanischen Regierung Tanaka nicht ersichtlich. Dadurch wird die Lage nur noch unheimlicher und Chiang Kai Chek, der schon im vergangenen Jahr durch den Vorstoß der Japaner nach Schantung in seinem Siegeszug nach Peking aufgehalten wurde, soll bereits Anstalten machen, sich langsam wieder auf Nanking zurückzuziehen.

So stehen sich nun im Schatten des heiligen Berges Taisan, an dessen Fuß in Chü fu der Lehrer und Verfasser des alten Chinas, Konfuzius, begraben liegt, die feindlichen Brüder des Landes gegenüber. Konfuzius erklärte, daß die Hauptbedingungen für einen glücklichen Staat die Sicherstellung der wirtschaftlichen Lage des Volkes, die Haltung einer starken Armee und das Vertrauen des Volkes zum Herrscher sei. Auf die weitere Frage seiner Schüler, welche dieser drei Erfordernisse am ehesten zu entbehren sei, erklärte Konfuzius: „Die starke Armee". Wie noch wie in den Tagen des alten chinesischen Weisen hat dieses Wort heute seine Berechtigung.

Wegen der Arbeitsruhe in der Druckerei am 1. Mai erscheint die nächste Nummer der „D.A.Z." Mittwoch abends.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags.

Frankfurt	30. 4.	28. 4.
Frankfurter Effektenkurse		
90 Tages B	23	23
do. do. G	17	17
1. Handelsbw.		
siehe Kurs	4½	4
do. Schlußkurs	4½	4
Berlin Mittelk.	23,91	23,91
bez.	—	—
London		
Kabel Tr.	4,8570	4,8610

London 60 T.	30. 4.	28. 4.
Amsterdam	12,09	12,09
Brüssel	13,97	13,97
Amsterdam	40,31	40,32
Zürich	19,27	19,27
Oslo	26,71	26,76
Kopenhagen	26,82	26,82
Prag	2,965	2,965
Rom	5,275	5,271
Madrid	14,64	15,51
Silber	58½	57½

New York, Produktenmarkt

	30. 4.	28. 4.
Kaffee Santos	25½	22½
Rio loko	15,00	14,75
Mai	14,50	14,40
Juli	14,30	14,44
Sept.	14,30	14,29
Dez.	14,08	14,06
Mai 1929	13,80	13,82
Zucker rohe loko	20,15	21,25
Mai	21,68	21,75
Juli	21,45	21,25
August	21,31	20,97
Oktober	20,96	20,96
Baumwolle	16,00	17,00
Juli	14,00	14,20
Okt.	13,25	14,31
Zink	5,95	6,00
Blei	4,90	4,90
Zinn	5,925	5,90
Kupfer	21,31	21,31

	30. 4.	28. 4.
Kupfer elektr.	22½	22½
30-50 Tage	14,25	14,31
Zink	5½	5,00
Blei	4,90	4,90
Zinn	5,925	5,90
Kupfer	21,31	21,31
Weizen, rot	230½	227½
Kurzweizen	190½	187½
Mais loko	124½	120½

	30. 4.	28. 4.
Kaffee p. Sept.	—	—
Mai	5,25	5,25
Schmalz West.	12,90	12,90
Talg extra loco	8,62